Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Dienstag, den 31 Dezember 1878. Nr. 610.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den Reichstags- und Kammerberichten, aus den lokalen und provinziellen Begebnissen darbieten, unsere telegraphischen Depeschen sind so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Wir werden auch fernerhin den orientalischen Angelegenheiten, eine ganz besondere Aufmerksamkeit widmen. Wir werden ebenso für ein spannendes und interessantes Feuilleton sorgen. Der Preis der einmal täglich erscheinenden **Pommerschen Zeitung** beträgt auf allen Postanstalten außerhalb vierteljährlich nur **eine Mark fünfzig Pfennige.** Der Preis der zweimal täglich erscheinenden **Stettiner Zeitung** beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur **zwei Mark**, in Stettin **in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfennige.**

Die Redaktion.

Deutschland.

** **Berlin**, 30. Dezember. Zur Feststellung des Etats der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung für 1879—80 finden gegenwärtig gründliche Verhandlungen zwischen Kommissarien des Generalpostamtes und des Reichskanzleramts im Finanzministerium statt, welche noch im Laufe des Dezember zu Ende geführt werden sollen. Die Vorarbeiten für den nächstjährigen Reichshaushaltsetat im Reichskanzleramt sind überhaupt schon so weit gefördert, daß der Bundesrath Mitte Januar in die Berathung des Etats wird eintreten können.

Bekanntlich ist von Seiten der deutschen Gymnasial- und Realschulgesellschaft die Frage angeregt worden, ob es sich nicht empfehle, das Schuljahr an den höheren Lehranstalten mit dem Kalenderjahr in Uebereinstimmung zu bringen. Wie ich höre, wird diese Frage jetzt in den maßgebenden Kreisen in Erörterung gezogen.

Die Reichskommission hat die Beschwerde über das Verbot der Schrift von Most: „Die sozialen Bewegungen im alten Rom und der Cäsarismus" zurückgewiesen. In dem Bescheid ist unter Hinweis auf eine große Anzahl von Stellen geltend gemacht, daß in der Schrift zwar nicht mit direkten Worten zur Nachahmung der gewaltsamen Aufstände der bedrückten Klassen des alten Rom aufgefordert, die Agitation aber in der Weise betrieben werde, daß in der Schilderung der römischen Zustände theils direkte Analogien hervorgehoben werden, die sie mit dem heutigen Gesellschaftszustande darbieten sollen, theils durch Bezeichnung der geschilderten Vorgänge und Personen mit den Schlagworten des modernen Parteitreibens in dem unwissenden Leser die Vorstellung eines vollkommenen Parallelismus zwischen der altrömischen und der heutigen Gesellschaft erzeugte, und indem ferner angedeutet werde, wie solche Zustände nothwendig zu den mit den krassesten Farben geschilderten Gräueln der Kaiserzeit führen müßten, die Ueberzeugung hervorzurufen versucht wird, daß nur ein rechtzeitiges gewaltsames Eingreifen der Volksmasse ein gleiches Schicksal von der heutigen Gesellschaft abzuwenden vermöge. Dabei fehle es namentlich nicht an zahlreichen heftigen Ausfällen gegen die besitzenden Klassen. Nach alledem sei nicht zu bezweifeln, daß in der Schrift die in dem Sozialistengesetz bezeichneten Bestrebungen zu finden seien.

Berlin, 30. Dezember. Die „Nat.-Ztg." schreibt:

Wie nicht länger bezweifelt werden kann, hatte der Kultusminister Dr. Falk Anstand genommen, die von dem Kaiser begehrte Anstellung der beiden Hofprediger Dr. Kögel und Baur (früher scheint noch Stöcker gewünscht zu sein) als Mitglieder des evangelischen Oberkirchenrathes zu kontrasigniren. Nach den neuesten Nachrichten scheint die Meinung jetzt dahin zu gehen, daß der Minister um der Anstellung von zwei Personen willen unmöglich seine Entlassung nehmen dürfe. Es ist unzweifelhaft richtig, daß die Namen der beiden Personen, in eine Wagschale gelegt, nicht im Entferntesten die Verdienste des Ministers aufwiegen und daß daher seine Entlassung, um die Anstellung jener zu ermöglichen, unbegreiflich sein würde. Aber wenn wohlmeinende Freunde die Sache so wenden, daß sie den nicht zu leugnenden Konflikt in eine Personenfrage zusammenschrumpfen lassen und es deshalb für selbstverständlich erklären, daß ein mit so großen Aufgaben betrauter Minister sich mit Aufopferung des Kleinen dem Vaterlande erhalten müsse, so scheinen sie doch die Tragweite der Sache nicht hinlänglich zu würdigen. Es handelt sich nach unserer Auffassung nämlich um Zweierlei.

Erstens soll die Partei, welche die neue Synodalordnung unserer Landeskirche in und nach der Generalsynode mit allen Mitteln bekämpft hat, in das oberste Kirchenregiment aufgenommen werden? Daß aber Herr Dr. Kögel der hervorragende Führer dieser Partei ist, wird schwerlich bezweifelt werden. Welchen hemmenden Einfluß diese Partei auf die Entwickelung unserer Kirchenverfassung bisher schon ausgeübt hat, beweisen die Ereignisse dieses Jahres namentlich in unserer Hauptstadt. Nach Schluß der Generalsynode entschuldigten sich die Hofprediger bei dem Kaiser, daß sie gegen die von ihm vorgelegte Kirchenverfassung gestimmt hatten; seitdem ist Präsident Hermann gegangen wegen der ihm bereiteten Hindernisse, seine Gegner aber sollen in das höchste Kirchenamt, welches zum Wächter über die neue Ordnung gesetzt ist, einrücken. Es ist das sicher mehr als eine Personenfrage, wenn man sich erinnert, daß dem Kultusminister die Kontrasignatur dieser Anstellungen von dem Landtage ausdrücklich gewahrt worden ist, um die Durchführung der neuen Gesetze unter seine spezielle Verantwortlichkeit zu stellen.

Zweitens handelt es sich bei der Ernennung von zwei außerordentlichen Mitgliedern des Oberkirchenraths um eine Veränderung des Stimmverhältnisses in dem Kollegium. Während der Oberkirchenrath seit 1850 zwar bestanden hat, früher aber nur als provisorische Behörde, so hat er durch das Gesetz vom 3. Juni 1876 erst die erste Anerkennung des Staats gefunden. Die Zahl seiner Mitglieder ist in diesem Gesetze zwar nicht fixirt worden, wohl aber ist ausgesprochen, daß die kollegiale Verfassung nur durch ein Staatsgesetz verändert werden kann, im Uebrigen aber anerkannt, daß Veränderungen dieser Behörde als Etatsfrage die Mitwirkung der Landesvertretung erfordern. In dem Jahre 1876, unmittelbar vor Erlaß der Synodalordnung, bestand der Oberkirchenrath aus einem Präsidenten und sechs Räthen, von denen drei geistliche Mitglieder im Nebenamt waren. In Folge der Synodalordnung ist die Zahl der Mitglieder von sieben auf zehn und zwar unter Mitwirkung der Landesvertretung erhöht worden in der Weise, daß noch ein geistlicher Vice-Präsident und 2 Räthe hinzugefügt wurden, von denen einer den Präsidenten zu vertreten hat. In dieser durch das Etatsgesetz bestimmten Zahl ist das Kollegium komplett, von einer Vakanz ist nichts bekannt. Jetzt sollen noch zwei außeretatsmäßige Mitglieder ohne Gehalt, wie wir annehmen, aber mit vollem Stimmrechte, hinzugefügt werden: wird dadurch nicht das Stimmverhältniß innerhalb des Kollegiums wesentlich verändert? Denn da beide Geistliche sind, so erlangen die geistlichen Mitglieder — sechs im Nebenamt in einem Kollegium von überhaupt zwölf — ein Uebergewicht, welches die Geistlichen nach der Oekonomie der ganzen Synodalordnung nicht haben sollen.

Welche Entschlüsse der Kultusminister auch fassen möge, wir dürfen wohl erwarten, daß er weder die Rechte des Landtags noch die Sicherstellung der unter seiner entscheidenden Mitwirkung erlassenen Kirchengesetze außer Acht lassen werde.

— Gegenüber den Unterstellungen der Blätter, wonach Herr Maybach sein Eisenbahnprogramm demnächst vor dem Landtage entwickeln werde, verweist man uns in einer Zuschrift auf die jüngsten Aeßerungen des Handelsministers in der Budgetkommission und namentlich auf seine Vernehmung vor der Spezialkommission zur Untersuchung des Eisenbahnkonzessionswesens im Jahre 1873, worin er vor der Beantwortung der ihm vorgelegten Fragen seine Gedanken über Organisation der Eisenbahnverwaltung und Eisenbahnaufsicht, sowie über die Eisenbahnpolitik aussprach. Die darin ausgesprochenen Ansichten des damaligen Präsidenten des Reichseisenbahnamtes sind, wie man schreibt, noch heute die des Handelsministers und die von ihm ausgearbeiteten Gesetze und Vorlagen für Landtag und Bundesrath bilden nur die Ausführung derselben. In seiner Vernehmung am 18. April 1873 vor der genannten Untersuchungs-Kommission schickte Herr Maybach der Beantwortung der ihm vorgelegten Fragen die Bemerkung voraus, es sei nicht zu leugnen, daß unsere Eisenbahnpolitik bisher eine nicht immer planvolle gewesen sei; es lasse sich aber annehmen, daß dieselbe in Zukunft zu einer planvollen sich gestalten werde.

Daran knüpften sich sodann folgende wörtliche Bemerkungen:

„Ich nehme ferner an, daß die Aufsicht über das Eisenbahnwesen an das Reich übergeht, daß der Abschnitt der Reichsverfassung, der über das Eisenbahnwesen spricht, in das Praktische übersetzt wird. Ich habe mir nach längerer Ueberlegung auch sagen müssen, daß das Nothwendige, was die Aufsichtsbehörde bedarf, ich meine materiell, sich eigentlich in der Reichsverfassung schon findet. Wir haben für unsere Staatsaufsicht über die Eisenbahnen kaum Bestimmungen, die, abgesehen von einzelnen statutarischen und Konzessionsbestimmungen, so genau die Anforderungen und Rechte des Staates und Reiches präzisiren, wie die Reichsverfassung. Es wird sich im Wesentlichen für einzelne Dinge nur darum handeln, einmal die Organe zu schaffen, die die betreffenden Artikel der Reichsverfassung praktisch durchführen, sodann bei einzelnen Punkten vielleicht noch eine Präzisirung vorzunehmen, die aber vielleicht nicht einmal zu einer Deklaration der Verfassung führen müßten, sondern einfach in dem betreffenden Reichseisenbahngesetz Ausdruck finden könnten. Ich gehe endlich auch davon aus, um das gleich zu antizipiren, daß, so lange das Reich nicht in der Lage ist oder nicht die Neigung hat, die Aufsicht über das Eisenbahnwesen zu übernehmen, ich es für durchaus zweckmäßig halte, die eigentliche Staatseisenbahnverwaltung von der Aufsicht zu trennen. Es sind verschiedene Gründe, die dafür sprechen: namentlich das nun einmal nicht abzustreitende Mißtrauen, welches gegen die höchste Behörde sich kundgiebt, daß ihre Verantwortlichkeit für den Theil der Verwaltung, den sie administrire, ihre Unparteilichkeit bezüglich ihrer Stellung als Aufsichtsbehörde affizire. Ob die eigentliche Staatseisenbahnverwaltung, die dann als Verwaltung eine Finanzverwaltung als solche sein würde, dem Handelsministerium oder einem anderen Ministerium zu überweisen wäre, vielleicht dem Finanzministerium, ist eine Zweckmäßigkeitsfrage, über die ich mich nicht auszusprechen habe."

„Die letztere Frage steht, so heißt es in der Zuschrift weiter, bekanntlich vor ihrer unmittelbaren Lösung dahin, daß ein Ministerium des Bauwesens hergestellt wird, die übrigen Kardinalpunkte versucht der Minister durch die erwähnten, an den Bundesrath zu überweisenden Gesetzentwürfe ins Praktische zu übersetzen und so kann nur in Nebendingen, namentlich in Bezug auf Modifikationen sekundärer Art, welche die Zeitumstände erfordert haben, etwas Neues erwartet werden. Die Grundzüge unserer demnächstigen Eisenbahnpolitik liegen klar vor Aller Augen."

Wir gestehen, daß wir durch diese Darstellung nicht ganz überzeugt sind. Seit 1873 haben sich eine Menge von Ereignissen auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens zugetragen und namentlich darf man erwarten, über die Behandlung der Privateisenbahnen, den Staat und die Gesichtspunkte, die dabei verfolgt werden, ein aufklärendes Wort zu hören.

Ausland.

Paris, 28. Dezember. Die radikale Presse sowohl in Paris, als in der Provinz, greift Gambetta wegen seiner Rede auf das Heftigste an und bezeichnet dieselbe als „eine Verleugnung der wahren republikanischen Doktrin und als einen Abfall von der heiligen Sache." Gambetta ist nur noch „un vil réactionnaire", der um so entschiedener bekämpft werden muß, als er noch eine große Popularität besitzt und daher ein gefährlicherer Feind ist als die offenen Monarchisten. Das Organ der Partei, „La Marseillaise", ist ganz besonders erbost über die Erklärung Gambetta's, daß er die Republik nicht zu einem Export-Artikel machen wolle. „Also", heißt es in dieser Beziehung, „unsere Väter von 1789 waren Dummköpfe: wenn Gambetta zu der Zeit gelebt hätte, würde er die „Menschenrechte" nicht unterzeichnet, er würde sie: „Die Rechte der Franzosen" genannt haben. Also dieses herrliche Ausstrahlen, diese großartige Entfaltung der Revolution in der ganzen Welt wird von Gambetta verleugnet. Wird denn das Banner Frankreichs aufhören, eine Hoffnung für die Unterdrückten zu sein? Sind denn die Republikaner der ganzen Welt nicht unsere Brüder, und haben sie nicht das Recht, auf uns zu zählen? Würde mit einem Worte unsere Republik nicht fester gegründet sein, wenn sie von befreundeten Republiken und nicht von mißtrauischen Monarchien umgeben wäre?" Daraus erhellt also, daß die „wahren Republikaner" noch immer die „allgemeine Republik" als das Ziel ihrer Bestrebungen betrachten.

Die heute durch die „Gazetta des Tribunaux" bestätigte Nachricht von der Einleitung einer gerichtlichen Prozedur gegen die von der republikanischen Regierung abgesetzten Leiter des Credit Foncier und des Credit Agricole, der Herren Fremy, Baron Soubeyran und Leviez hat nicht allein in den finanziellen Kreisen großes Aufsehen erregt, da die genannten Persönlichkeiten auch eine bedeutende politische und gesellschaftliche Stellung einnehmen. Wie bereits mitgetheilt, lautet die Anklage auf Vertheilung einer fiktiven Dividende für das Jahr 1875 an die Aktionäre des Credit Agricole. Am 31. Dezember wäre die Verjährung eingetreten, deshalb diese plötzliche gerichtliche Verfolgung, welche der Finanzminister Leon Say, in Folge eines Berichtes des jetzigen Gouverneurs des Credit Foncier, Herrn Christophle, veranlaßt hat. Dieser Letztere hat seit seiner Ernennung mit sämmtlichen Aufsichtsräthen und Censoren des Credit Foncier zu kämpfen, die seiner Verwaltung die heftigste Opposition machen und unter dem Einflusse des Barons Soubeyran stehen.

Gegen Herrn von Soubeyran kann übrigens erst dann gerichtlich vorgegangen werden, wenn die Kammer, deren Mitglied er ist, dazu die Genehmigung ertheilt hat, er wurde daher bis jetzt nur als Zeuge vor den Untersuchungsrichter geladen. Herr Fremy, Senator unter dem Kaiserreiche, noch heute der vertraute Freund und Rathgeber der Kaiserin Eugenie, ist Großoffizier der Ehrenlegion und kann als solcher nur vom Appellhofe abgeurtheilt werden, dem denn auch die Sache zugewiesen ist.

Heute Abend heißt es mit Bestimmtheit, daß die Ernennung des Senators Calmon, ehemaligen Seine-Präfekten unter Thiers (dessen intimster Freund er war) und ehemaligen Unterstaatssekretärs im Finanzministerium, zum Gouverneur der Bank von Frankreich ein fait accompli sei.

Petersburg, 28. Dezember. Die Studenten-Unruhen in Rußland, die regelmäßig mit der „Relegation" einer Anzahl junger Männer nach Sibirien abschließen, sind in Charkow, Petersburg und Moskau anscheinend zu Ende, um alsbald in Kiew, wo die studirende Jugend die Universitätspforten gewaltsam aufbrach, wieder zu beginnen. Aus der geheimen Druckerei des russischen Revolutions-Comites ist eine Darstellung der letzten Petersburger Vorgänge mit einem Aufruf an die Studenten der höheren Lehranstalten hervorgegangen, der das Motto trägt: „Wer nicht mit mir hält, ist gegen mich" und Folgendes enthält:

„Die lang erwartete „Bartholomäus-Nacht" ist endlich über unsere Jugend gekommen am 30. November, das ist am zweiten Tage nach der Ueberreichung der mäßig gehaltenen Adresse an den Thronfolger. Ungefähr 200 Studenten sind in den Kerker geworfen, die medizinische Fakultät ist von Gendarmen, Kosaken und Soldaten umzingelt; die Studenten sind mit Peitschen geschlagen und Arretirungen sind auf's Gerathewohl vorgenommen worden. Auch der Professor Tarchanoff wurde verhaftet.

Am 1. Dezember fand wieder eine Zusammenkunft von 900 Studenten statt. Dieselben wurden abermals von Kosakenlanzen und Nahajkas (Knuten) bedroht, und obwohl die Studenten von 2000

Soldaten umringt waren, faßten sie doch den Entschluß, die Aenderung der Statuten und die Befreiung ihrer Kollegen durchzusetzen. Weder die brutalen Drohungen noch die feigen Versprechungen des Stadthauptmanns Zuroff, für die Studenten eine billige Küche zu errichten, haben etwas geholfen. Der Rektor der Universität war so gewissenlos, die Studenten der Polizei zu übergeben. Die Professoren Botkin, Junge, Koschlakoff, Gorwitz und Andere forderten die Einberufung einer Konferenz; sie protestirten gegen die den Studenten gegenüber von der Polizei an den Tag gelegte Willkür. Der Kampf spitzt sich zu und wird immer intensiver; indifferent zu bleiben würde jetzt eine Schande sein. Wir haben Niemanden provozirt, wir haben kein Verbrechen begangen. Wir haben blos den Thronfolger aufmerksam gemacht, daß die Statuten den Studenten Einschränkungen auferlegen, die Unruhen und Aufregungen unausbleiblich zur Folge haben müssen; wir sprachen vor zu Gunsten unserer Charkower Kollegen; man war bestrebt, mit den lächerlichsten Mitteln, wie der Abbrechung der Kommunikation über die Newa, uns an unserem Vorhaben zu hindern. Als das nichts genützt hat, nahm man Zuflucht zu Gewaltthätigkeiten. Russische Soldaten nahmen keinen Anstand, mit den Waffen über wehrlose Russen herzufallen! Ihr Angriff war so vehement, daß der Professor der Chirurgie, Sklifussowski, mit Verbandzeug den Verwundeten zu Hülfe eilen mußte. Diese Heldenthat russischer Soldaten ist würdig an die Seite der türkischen Greuel in Bulgarien gestellt zu werden. Unsere verhafteten Kollegen erwarten im Administrativwege ihre Verbannung. Daher müssen wir energisch den aufgenommenen Kampf bis zu Ende führen. Wir müssen Vereine bilden und einen Fonds schaffen, um die Agitation in den Provinzen zu betreiben. So lange unsere Forderungen, betreffend die Abänderung der Statuten und die Befreiung unserer Kollegen, nicht befriedigt werden, dürfen wir die Vorlesungen nicht besuchen. Wir werden den Kampf fortsetzen — und die Verantwortung dafür, sowie die Folgen werden auf unsere Henker fallen. Ueber diesen Kampf der Aufklärung mit der Kosaken-Nahajka möge das russische Volk, ja ganz Europa zu Gericht sitzen.

Wir laden die Studenten aller höheren Lehranstalten — sowohl in Petersburg als auch in der Provinz — ein, sich mit uns zu vereinigen, um mit vereinten Kräften das beschämende Joch der Willkür von uns abzuschütteln. Wir foedern auf, unseren Manifestationen mehr überzeugende Argumente als Kosaken-Nahajka und Bajonnette entgegenzustellen.“

Provinzielles.

Stettin, 31. Dezember. Die gestern Vormittag im Handels-Ministerium abgehaltene Konferenz der Delegirten des Direktoriums und des Verwaltungsrathes der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft und der Delegirten der Ministerien hat, dem „Berl. Börs.-Cour.“ zufolge, einen durchaus unerwünschten Verlauf genommen. Die Angelegenheit des Verkaufes ist in derselben eigentlich um keinen Schritt gefördert worden und speziell ist die sehr begründete und wohlberechtigte Hoffnung nicht in Erfüllung gegangen, daß die Delegirten der Minister nun endlich mit einer bestimmten Offerte hervortreten würden. Zunächst theilten dieselben vielmehr nur den Delegirten der Gesellschaft mit, daß an dem ursprünglichen Vertragsentwurfe mehrfache Abänderungen als nothwendig seitens der Ministerien erachtet würden. Darunter erscheint dem genannten Blatte thatsächlich wichtig nur die eine, daß nach einer Erklärung des Finanzministers derselbe in einen Umtausch der Aktien in preußische Konsols keinesfalls willigen wolle. Er werde seine Zustimmung nur zur Abstempelung der Aktien auf einen gewissen Zinsbetrag geben. Andere Abänderungen waren meistentheils juristischer Art und bezogen sich hauptsächlich auf den Uebergang der Bahn in den definitiven Besitz des Staates, während früher bekanntlich nur die Betriebsüberlassung für „ewige Zeiten“ in Frage stand. — Gegen die Aenderungen der letzteren Kategorien geschah keinerlei Einspruch seitens der Delegirten der Gesellschaft. Die Willensmeinung des Finanzministers betreffs der Abstempelung wurde ad referendum genommen. Die Delegirten der Ministerien stellten nun aber das Verlangen, daß wegen der Nichtauszahlung der Januar-Abschlagsdividende und der Mindereinnahmen der definitive Jahresabschluß abgewartet werden solle, ehe bindende Erklärungen erfolgen könnten. Hiergegen erhoben die Delegirten der Gesellschaft Opposition und stellten im Gegentheil die Forderung, daß ein Gesetzentwurf, wenn der Verkauf überhaupt vereinbart werden sollte, noch dieser Session des Landtages vorgelegt werde. Wegen der Frage der Abfindung, d. h. wegen der Offerte selbst, waren die Delegirten der Ministerien ohne bestimmte Instruktionen. Daraufhin stellten die Delegirten der Eisenbahngesellschaft die Forderung, die Ministerien mögen bis Donnerstag eine bestimmte Preis-Offerte an die Gesellschaftsvorstände gelangen lassen, da in Voraussicht eines definitiven Ergebnisses der heutigen Konferenz der Verwaltungsrath bereits zum Freitag zu einer Sitzung nach Stettin zusammenberufen sei. In der wichtigsten Angelegenheit, der Frage des Preises, zeigten sich die Delegirten der Ministerien vollständig zugeknöpft und so ist es denn begreiflich, wenn auf Seiten der Delegirten der Gesellschaft eine gewisse Verstimmung über dieses neuerliche Hinziehen der Angelegenheit Platz griff und wenn einer der Delegirten sich dahin äußerte, ein Abwarten des Jahresabschlusses käme wieder der Verzögerung um ein Jahr gleich und die Gesellschaftsvorstände würden sich auf ein solches Hinausschleppen keinesfalls einlassen.

— Der Konsistorialrath Karl Gustav Hopp hierselbst ist an das königl. Konsistorium der Provinz Schlesien zu Breslau versetzt worden.

— Der „Reichsanzeiger“ meldet die Ertheilung eines Patentes für „ein Verfahren zur Herstellung von Lampendochten aus Schlackenwolle und Wasserglaslösung“ an den Gymnasiallehrer Herrn Schröder in Stargard.

— In der Nacht vom 29.—30. Dezember wurde in dem Verkaufslokal des Kaufmanns Behrens, in Firma Draeger u. Behrens, Breitestraße 36—38, ein Einbruch verübt. Vor der Thür, welche vom Hausflur nach dem Geschäftslokal führt, ist eine starke Eisenstange angebracht und mittelst eines großen Vorhängeschlosses befestigt; letzteres wurde von den Dieben zerbrochen, welche sodann, nachdem sie noch eine Thür mittelst Nachschlüssel geöffnet hatten, in das Comptoirzimmer eindrangen. Hier entwendeten sie Kleidungsstücke, welche von Kunden zur Reparatur resp. Abänderung an das Geschäft gesandt waren, im Gesammtwerthe von ca. 192 Mark.

— In der Woche vom 22. bis 28. Dezember sind hierselbst 13 männliche und 12 weibliche, in Summa 25 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter wiederum 10 Kinder unter 5 und 6 Personen über 50 Jahren.

— Der Kaufmann R. Steffen befand sich am 29. d. M. in dem Laden eines Kaufmanns in der Giesebrechtstraße und ließ bei seinem Fortgange sein Portemonnaie mit 2 Lotterie-Loosen und einigen 50 Mark Inhalt auf dem Ladentisch liegen. Als er nach wenigen Minuten seinen Verlust bemerkte, kehrte er in den Laden zurück; das Portemonnaie war jedoch bereits verschwunden. In dem Geschäft befand sich außer dem Verkäufer nur ein Arbeiter; derselbe, wegen des Diebstahls zur Rede gestellt, will jedoch kein Portemonnaie gesehen haben.

— Gestern Nachmittag verstarb im hiesigen städtischen Krankenhause der Knecht August Carl Meyer, welcher zuletzt auf dem Gute Kl.-Reinkendorf im Dienst stand und am 16. Nov. von einem ankommenden Zuge überfahren wurde, als er den Eisenbahnübergang bei Reinkendorf mit einem Fuhrwerk passiren wollte.

Greifswald, 30. Dezember. In der am Sonnabend abgehaltenen Sitzung des Comités für Errichtung eines Soolbades wurde beschlossen, eine allgemeine Versammlung der Interessenten, soweit sie sich durch Beiträge an den Kosten der Vorarbeiten betheiligten, zu berufen, zu welcher auch der Magistrat unserer Stadt eingeladen werden soll. In dieser Versammlung soll denn auch das definitive Comité gewählt werden.

Kolberg, 28. Dezember. Gestern haben sich hier bereits mehrere Staare eingefunden, woraus man auf einen milden Verlauf des Winters schließen will.

§ Aus Westpreußen, 29. Dezember. Die Niederlegung der Lokalschulinspektion von Seiten der evangelischen Geistlichen des Kreises Marienwerder ist neuerdings in einem Artikel des evangelischen Gemeindeblattes, der aus der Feder eines der abgetretenen geistlichen Schulinspektoren herrührt, näher motivirt worden. Das betreffende Schriftstück ist wohl einzig in seiner Art und tritt mit unerhörten Anklagen gegen die Staatsregierung hervor. Ohne auf die Einzelheiten desselben einzugehen, sei nur darauf hingewiesen, daß der Standpunkt jener Herren ein solcher ist, wie er vor dem Erscheinen des Schulaufsichtsgesetzes zu rechtfertigen gewesen wäre. Dieselben setzen sich darin als die vermöge ihres Pfarramts zur Schulaufsicht Berechtigten an und können sich nicht dazu verstehen, die Regierung als Quelle der Machtbefugnisse anzusehen, welche die Aufseher der Volksschule besitzen. Sie verlangen, daß der Schwerpunkt der Schulverwaltung bei der Kirche liege und sehen sich somit mindestens als gleichberechtigte Macht neben den Staatsorganen an. Diese tiefe Kluft läßt sich natürlich nicht ausfüllen, und daher ist der von jenen Herren unternommene Schritt nur zu billigen; wenigstens ist ein offenes Zurücktreten besser, als ein passiver Widerstand in dem Amte, wo williger Gehorsam zu wünschen und zu verlangen ist. Noch nach zwei anderen Seiten hin ist das in dem Schriftstück Ausgesprochene von Werth. Zunächst ist es das Bekenntniß, daß die Forderungen der Regierung nicht neben dem Pfarramte erfüllt werden können, da sie zu zeitraubend sind. Sodann aber wird betont, daß der geistliche Lokalschulinspektor sich nicht einem Kreisschulinspektor unterordnen könne, welcher „Elementarlehrer“ gewesen. Daß es aber der Staatsbehörde erlaubt ist, einen aus dem Volksschullehrerstande hervorgegangenen ausgezeichneten Schulmann in jenes Amt zu berufen, wird nicht in Frage gestellt. Die Offenheit der Herren Geistlichen des Marienwerderer Kreises ist anzuerkennen und unsere Achtung vor ihnen ist durch das freimüthige Bekenntniß nur gestiegen.

Vermischtes.

— Der Tod Bayard Taylor's ruft uns die interessante Erzählung eines Besuches ins Gedächtniß, den Bayard Taylor vor nunmehr 22 Jahren in der Oranienburgerstraße bei Alexander von Humboldt gemacht hat und dessen Schilderung sich in einem Artikel befindet, den der nun verstorbene Gesandte Amerikas in Berlin damals von Berlin aus an die „Newyork Tribune“ übersendete.

„Ich ging nach Berlin“, sagt Taylor, „nicht um seine Museen und Galerien, die schönen Linden, Opern und Theater zu sehen, noch um mich an dem munteren Leben seiner Straßen und Salons zu erfreuen, sondern um den größten jetzt lebenden Mann der Welt zu sprechen — Alexander von Humboldt.

„Einige meiner Schriften hatten, wie ich hörte, den Weg zu ihm gefunden. Ich stand im Begriff, eine Reise zu unternehmen, die mich wahrscheinlich durch Gegenden führen sollte, welche sein Fuß betreten und sein Genius beschrieben hatte, und es war daher nicht blos eine natürliche Neugierde, die mich ihn zu sehen antrieb. Ich befolgte den Rath einiger meiner deutschen Freunde, indem ich mich an keine Mittelsperson wandte, sondern direkt ein Schreiben mit der Angabe meines Namens und Zweckes und der Bitte um eine Zusammenkunft an ihn absandte, die er in einigen Zeilen der Antwort gern gewährte.

„Er spielte zuerst auf meine Winterreise nach Lappland an. „Warum wählen Sie den Winter?“ fragte er. „Ihre Erfahrungen werden sehr interessant sein, das ist wahr; aber werden Sie nicht von der strengen Kälte leiden?“ — „Das wird sich zeigen“, antwortete ich; „ich habe alle Klimate, das arktische ausgenommen, ohne Nachtheil versucht. Die beiden letzten Jahre meiner Reise brachte ich in tropischen Ländern zu und nun möchte ich den möglichst stärksten Gegensatz erfahren.“ — „Das ist sehr natürlich“, bemerkte er, „und ich kann es begreifen, wie Ihr Reisezweck Sie zur Aufsuchung solcher Kontraste bestimmen muß; Sie müssen aber eine merkwürdig gesunde Organisation besitzen.“ — „Sie wissen ohne Zweifel aus Ihrer eigenen Erfahrung“, erwiderte ich, „daß nichts so sehr die Gesundheit erhält als Reisen.“ — „Sehr wahr“, sagte er, „wenn es einen nicht gleich im Anfang umbringt! Was mich betrifft, so bewahre ich meine Gesundheit überall, wie Sie. Während 5 Jahren in Südamerika und Westindien lebte ich inmitten von Brechruhr und gelbem Fieber unberührt.“

„Ich sprach von meiner beabsichtigten Reise nach Rußland und von meinem Wunsche, die russisch-tatarischen Provinzen Central-Asiens zu durchwandern. Die Kirgisensteppe sei sehr eintönig, meinte er, 50 Meilen machten einem den Eindruck von 1000; doch das Volk sei sehr interessant. Sollte ich mich dahin begeben, so würde ich keine Schwierigkeit finden, von dort aus nach der chinesischen Grenze zu gelangen. Aber die südlichen Provinzen Sibiriens, meinte er, würden mich doch am meisten entschädigen. Die Natur zwischen den Altaibergen sei außerordentlich großartig. In einer der sibirischen Ortschaften hatte er aus seinem Fenster 11 Spitzen mit ewigem Schnee bedeckt gezählt. Die Kirgisen, fügte er hinzu, gehörten zu den wenigen Menschenrassen, deren Gewohnheiten seit Jahrtausenden unverändert geblieben, und sie besäßen die merkwürdige Eigenschaft, ein Mönchsleben mit einem nomadischen zu verbinden. Sie wären zum Theil Buddhisten, zum Theil Muselmänner, und ihre Mönchsekten folgten den verschiedenen Stämmen auf ihren Wanderungen, indem sie ihre religiösen Uebungen in ihren Lagern innerhalb eines geheiligten Kreises, der durch Speere abgemessen werde, verrichten. Er hat ihre Ceremonien beobachtet und war durch ihre Aehnlichkeit mit denen der katholischen Kirche überrascht.

„Unter den Gegenständen in seinem Arbeitszimmer war ein lebendes Chamäleon in einem Behältniß mit einem Glasdeckel. Das Thierchen, welches etwa 6 Zoll lang war, lag müßig auf einem Bette von Sand, mit einer großen Schmeißfliege auf dem Rücken, welche ihm als Mittagsbrod dienen sollte. „Man hat es mir gerade von Smyrna geschickt“, sagte Humboldt, „es ist sehr unbekümmert und gleichgültig in seiner Art.“ In diesem Augenblicke öffnete das Chamäleon eines seiner runden Augen und sah uns an. „Eine Eigenthümlichkeit dieses Thieres ist“, fuhr er fort, „sein Vermögen, zu gleicher Zeit nach verschiedenen Richtungen sehen zu können. Es kann mit einem Auge gegen den Himmel sehen, während das andere zur Erde niedersieht. Es giebt viele Kirchendiener, die dasselbe können.“

„Nachdem er mir einige von seines Freundes Hildebrandt Aquarellen gezeigt hatte, ging er zu seinem Stuhle zurück und begann über amerikanische Angelegenheiten zu sprechen, mit denen er vollständig vertraut zu sein schien. Er sprach auch von unseren Schriftstellern und erkundigte sich besonders nach Washington Irving, den er einmal sah. Ich bemerkte, daß ich Herrn Irving kenne und nicht lange vor seiner Abreise nach Newyork gesehen habe. „Er muß wenigstens fünfzig Jahre alt sein“, sagte Humboldt. „Er ist siebzig“, erwiderte ich, „aber so jung wie immer.“ „Ah!“, bemerkte er, „ich habe so lange gelebt, daß ich fast den Maßstab der Zeit verloren habe. Ich gehöre dem Zeitalter der Jefferson und Gallatin an, und ich hörte von dem Tode Washington's, während ich auf der Reise in Südamerika war.“

„Seifert erschien endlich und sagte zu ihm in einem Tone, der ebenso ehrerbietig als vertraulich war: „Es ist Zeit!“ und ich empfahl mich.

„Sie sind viel gereist und haben viele Ruinen gesehen“, sagte Humboldt, indem er mir seine Hand reichte; „jetzt haben Sie eine mehr gesehen.“ — „Keine Ruine“, war meine unwillkürliche Antwort, „sondern eine Pyramide.“

„Ich drückte die Hand, welche die Friedrichs des Großen, Forster's, des Gefährten Cook's, Klopstock's und Schiller's, Pitt's, Napoleon's, Josephinen's, der Marschälle des Kaiserreichs, Jefferson's, Hamilton's, Wieland's, Herder's, Göthe's, Cuvier's, Laplace's, Gay-Lussac's, Beethoven's, Walter Scott's — kurz aller großen Männer, die Europa in drei Viertel eines Jahrhunderts erzeugt hat, berührt hatte.

„Indem ich durch das Naturalienkabinet zurückging, hielt mich Seifert's Stimme zurück. „Entschuldigen Sie, mein Herr“, sagte er, „aber wissen Sie, was das ist?“ indem er auf das Geweih eines Elennthieres aus den Rocky-Mountains wies. „Ja wohl“, antwortete ich, „ich habe manches verzehren helfen.“ Er zeigte dann auf die anderen Exemplare und führte mich in die Bibliothek, um mir einige Zeichnungen von seinem Schwiegersohne, Möllhausen, vorzulegen, der Lieutenant Whipple auf seiner Expedition nach dem Felsengebirge begleitet hat. Er zeigte mir auch ein sehr gutes Muster von Perlenarbeit in einem Goldrahmen. „Das ist“, bemerkte er, „das Werk einer kirgisischen Prinzessin, die es Sr. Excellenz verehrte, als wir auf der Reise in Sibirien waren.“

„Sie begleiteten damals Seine Excellenz?“ fragte ich. „Ja“, sagte er, „wir waren da anno 1829.“

Seifert ist mit Recht stolz, das Geschick seines Herrn durch dreißig bis vierzig Jahre getheilt zu haben.

Die Glocke läutete und das Mädchen kam herein, einen Besuch anzumelden. „Ah, Fürst Ypsilanti“, sagte er, „laß ihn nicht herein, laß keinen Menschen ein, ich muß gehen und Se. Excellenz ankleiden,“ und damit verbeugte er sich. Während ich nach der Straße hinabging, stieg Fürst Ypsilanti die Treppe herauf.“

— (Unsere Dienstboten.) Zu diesem Kapitel bringt der „Teplitz-Schönauer Anzeiger“ folgende nette Beiträge: Frau Z. hält etwas auf einen hübschen Modehut. Wenn er just gut zu Gesichte steht, darf er schon ein Uebriges kosten. Der letzte und jüngste — welcher der Hand der geschicktesten und besten Modistin sein bänder-, spitzen- und blumengeschmücktes Dasein verdankt — kostete baare 18 fl.; er war aber auch ein wahres Kunstwerk und der Stolz der Frau Z., die in der ganzen Stadt keinen zweiten so schön ersah. Er kleidete sie wahrhaft ausnehmend gut. Das fanden nicht blos die Freundinnen der Frau Z., die Frau Dr. X. und die Frau Räthin Y., sondern auch — Betty, des Hauses und des Heerdes magdliche Jungfrau. Und warum nicht? Einen guten Geschmack zu haben, steht ja Jedem frei. Doch damit begnügte sich die geschmackvolle Betty durchaus nicht. Sie wollte ihren Schönheitssinn auch praktisch bethätigen, und siehe da, am nächsten Sonntag erblickte Frau Z. ihr „Mädchen für Alles“ im vollsten Sonntagsstaat mit just demselben Modehute, den sie selbst vor 14 Tagen sich gekauft. Natürlich große Szene! Wie sie sich unterstehen könne, den besten Hut ihrer Frau zu tragen? fragt empört Frau Z. — „Was? Ihr Hut? Madame!“ schreit Betty noch empörter. „Der Hut ist mein!“ Und mit beredter Zunge erzählt die magdliche Maid, daß sie sich ihren Hut genau nach jenem der Frau habe machen lassen und daß er genau so viel koste, ja noch 20 Kreuzer mehr für Blonden! Frau Z. stand stumm und starrte lange staunend auf die geschmackvolle Betty, der sie so grausam ungerechten Verdacht angethan. Dann schämte sie sich tief ihres Unrechtes, und damit ihr Modehut ja nicht wieder Anlaß gebe zum kränkenden Verdacht einer Verwechslung für die gute Betty, so verstieß sie ihn für immer und kaufte sich dafür einen weit bescheideneren, wie sich's für die Herrin ziemt. Diesmal hatte Betty jedoch keine Lust, es ihr nachzumachen. . . . So geschehen in Teplitz im Jahre des Heils 1878. — Ein anderes Bild! Vor Frau H. tritt am letzten Sonntagsmorgen Fanny, das neue Stubenmädchen, und begehrt einen Lohnvorschuß von 3 Fl. Fanny ist sonst arbeitsam und ziemlich verläßlich; ihr wird willfahrt. Der Sonntag Nachmittag gehört ihr und sie eilt, ihn zu genießen. Ziemlich spät Abends fragt Frau H. ihr über Müdigkeit klagendes Kammerfräulein, wo sie denn gewesen sei, daß sie so müde geworden. Ihr wird rasch die Antwort: „Ein Paar Harfay-Schlittschuhe hab' ich mir gekauft und dann bin ich auf's Eis 'gangen damit. Wenn man d' ganze Woch' arbeit', will man am Sonntag auch sein Vergnügen haben!“ . . .

Viehmarkt.

Berlin, 30. Dezember. Es standen zum Verkauf: 1111 Rinder, 6339 Schweine, 1232 Kälber, 3969 Hammel.

Die Sperre für Rinder und Kälber ist noch nicht aufgehoben, und da der Auftrieb von Rindern den nicht bedeutenden Lokalbedarf vollständig deckte, wurde der Markt bei langsamem Geschäft zwar so ziemlich geräumt, eine Preiserhöhung fand indeß nicht statt: Prima 60—63, Sekunda 52—54, Tertia 36—40 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht.

Bessere Waare von Schweinen wurde für den Export lebhaft begehrt und mit besseren Preisen bezahlt, während geringe Qualität sich knapp auf letzterzielter Höhe hielt. Mecklenburger 46—47, Landschweine 44—45, Russen 35—37 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht. — Bakuner 40—47 Mark bei 55 Pfund Thara.

Kälber wurden langsam zu 35—55 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht verkauft.

Hammel sind zwar, obgleich auch Wiederkäuer, von der Sperre ausgeschlossen, doch war der Begehr für den Export sowohl, wie für den Lokalbedarf nur unbedeutend, so daß der Markt nicht geräumt wurde und der Preis nur zwischen 40—50 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht variirte.

Telegraphische Depeschen.

Braunschweig, 30. Dezember. Erzherzog Ludwig Victor von Oesterreich traf gestern zum Besuche des Herzogs hier ein und ist heute Mittag nach Dresden weiter gereist.

Wien, 30. Dezember. Meldungen der „Polit. Korresp.“:

Aus Konstantinopel: Die Pforte hat darauf verzichtet, Sarfet Pascha als Botschafter nach Paris zu entsenden. In dem gestrigen Ministerrathe wurde die vollständige Abschaffung der Kaimes beschlossen.